

Stenographisches Protokoll

103. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XV. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 21. Jänner 1982

Tagesordnung

Bericht über die Vorbereitungen zur Ratifikation des Europäischen Niederlassungsabkommens vom 13. Dezember 1955

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 10 408)

Entschuldigungen (S. 10 408)

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 10 408)

Verhandlungen

Bericht des Verfassungsausschusses betreffend den Bericht der Bundesregierung (III-117) über die Vorbereitungen zur Ratifikation des Europäischen Niederlassungsabkommens vom 13. Dezember 1955 (957 d. B.)

Berichterstatter: Dr. Gradischnik
(S. 10 408)

Kenntnisnahme (S. 10 409)

Eingebracht wurde

Schriftliche Beantwortung einer mündlichen Anfrage

des Bundesministers für Verkehr auf die Anfrage des Abgeordneten Probst (2/ABM zu 562/M)

Beginn der Sitzung: 16 Uhr 20 Minuten

Vorsitzender: Präsident Benya.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Dr. Kreisky und Breiteneder.

Entschuldigt haben sich die Abgeordneten Burger und Hietl.

Einlauf und Zuweisungen

Präsident: Ich gebe bekannt, daß die schriftliche Beantwortung einer mündlichen Anfrage 2/ABM eingelangt ist.

Dem Finanz- und Budgetausschuß weise ich folgende in der letzten Sitzung eingebrachten Initiativanträge zu:

Antrag 148/A der Abgeordneten Kittl und Genossen betreffend ein Bundesgesetz zur Förderung der Erhaltung und Verbesserung von Wohnhäusern sowie der Stadterneuerung,

Antrag 149/A der Abgeordneten Kittl und Genossen betreffend ein Bundesgesetz über ein Wohnbausonderprogramm 1982 (Bundes-Sonderwohnbaugesetz 1982),

Antrag 150/A der Abgeordneten Mühlbacher, Dkfm. Bauer und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem eine Investitionsprämie eingeführt wird (Investitionsprämien-gesetz),

Antrag 151/A der Abgeordneten Mühlbacher, Graf, Dkfm. Bauer und Genossen betreffend ein Bundesgesetz über die Errichtung und Verwaltung von Beteiligungsfonds (Beteiligungsgesetz),

Antrag 152/A der Abgeordneten Mühlbacher und Genossen betreffend ein Bundesgesetz über die Förderung von Kapitalversicherungen (Kapitalversicherungs-Förderungsgesetz).

Bericht des Verfassungsausschusses betreffend den Bericht der Bundesregierung (III-117 der Beilagen) über die Vorbereitungen zur Ratifikation des Europäischen Niederlassungsabkommens vom 13. Dezember 1955 (957 der Beilagen)

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zu deren einzigem Punkt:

Bericht des Verfassungsausschusses betreffend den Bericht der Bundesregierung (III-117 der Beilagen) über die Vorbereitungen zur Ratifikation des Europäischen Niederlassungsabkommens vom 13. Dezember 1955 (957 der Beilagen).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Gradischnik. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter Dr. **Gradischnik:** Herr Präsident! Hohes Haus! Gegenstand des vorliegenden Berichtes sind die Gründe, die einer Ratifikation des gegenständlichen Übereinkommens durch Österreich entgegenstehen.

Gemäß Art. 4 des Übereinkommens sollen Staatsangehörige eines Vertragsstaates im Gebiete des anderen Vertragsstaates „im Genuß und in der Ausübung sämtlicher bürgerlichen Rechte die gleiche Behandlung wie die eigenen Staatsangehörigen erfahren“. Diese Gleichstellung, welche durch die österreichische Rechtsordnung zwar grundsätzlich in den meisten Belangen verbürgt ist, ist jedoch hinsichtlich des Erwerbs von Grund und Boden nicht gegeben. Dies mit Rücksicht auf das Bestehen von Landesgesetzen, welche den Erwerb von Grund und Boden durch Ausländer Beschränkungen unterwerfen, um der Gefahr einer zunehmenden Überfremdung zu begegnen.

Eine Begutachtung zur Frage der Ratifikation des Übereinkommens hat ergeben, daß sich die Mehrheit der Bundesländer gegen eine solche ausgesprochen beziehungsweise schwerwiegende Bedenken gegen eine Ratifikation angemeldet hat.

Auf Grund dieser Sachlage beabsichtigt die Bundesregierung, die Ratifikation des Europäischen Niederlassungsabkommens zurückzustellen.

Der Verfassungsausschuß hat die Vorlage am 11. Dezember 1981 in Verhandlung gezogen und nach Wortmeldungen der Abgeordneten Dr. Neisser, Dr. Ermacora, Dr. Gradenegger, Dr. Hauser und Dr. Frischenschlager sowie des Staatssekretärs Dr. Löschnak einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause die Kenntnisnahme des gegenständlichen Berichtes der Bundesregierung zu empfehlen.

Der Verfassungsausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle den vorliegenden Bericht der Bundesregierung (III-117 der Beilagen) zur Kenntnis nehmen.

Dr. Gradischnik

Falls Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, die Debatte zu eröffnen.

Präsident: Wortmeldungen liegen keine vor.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, den vorliegenden Bericht III-117 der Beilagen zur Kenntnis zu nehmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die nächste Sitzung des Nationalrates, die für Mittwoch, den 17. Feber 1982, um 11 Uhr in Aussicht genommen ist, wird durch schriftliche Benachrichtigung einberufen werden.

Diese Sitzung wird mit einer Fragestunde eingeleitet werden.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 16 Uhr 25 Minuten